



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 31.03.2014

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Hummler

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Zügel

bis TOP 9

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Herr Buchmann, Kulturamt	ab TOP 6
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Frau Fürgut, Assistenz Oberbürgermeister	
Frau Grauel, Stadtbücherei	bis TOP 8
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Reining, Personalstelle	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 2
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.1.	Bürgerfragestunde - Zukunft Braith-Grundschule und Pflugschule	
1.2.	Bürgerfragestunde - Grüne Bruck	
1.3.	Bürgerfragestunde - Zukunft des Pestalozzihauses	
1.4.	Bürgerfragestunde - Kindergarten Braithweg	
2.	Kiga Talfeld - Raumprogramm und Trägerschaft	28/2014 - 2
3.	Neugestaltung Schadenhof/Bürgerturmstraße - Weiteres Vorgehen	41/2014
4.	Antrag der Grünen: "Zukunftsfähige ökologische Stadt"	40/2014
5.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Karlstraße 16"	43/2014
6.	Stadtbücherei: Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung aufgrund der Umstellung des Einzugsverfahrens auf SEPA	45/2014
7.	Feststellung der Jahresrechnung 2012 der Stadt Biberach	38/2014
8.	Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Türkei	35/2014 - 1
9.	Anträge auf Vereinsförderung - TG Geschäftsstelle - Schützenverein Ringschnait - Zuschauertribüne SV Ringschnait	
9.1.	Stadtteilhaus - Anträge der CDU- und SPD-Fraktion	AT 7/2014
9.2.	Entwicklung bei der e.wa riss Geschäftsfeld Glasfasernetz bei der e.wa riss Besetzung des Aufsichtsrates bei der e.wa riss - Anträge der FDP-Fraktion	AT 13/2014 AT 14/2014 AT 15/2014
9.3.	Änderung des Namens "RBZ" - Antrag der FW-Fraktion	AT 16/2014
10.1.	Verschiedenes - Antrag des Schützenvereins Ringschnait	
10.2.	Verschiedenes – Jazzpreis-Verleihung	

Die Mitglieder wurden am 26.03.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 26.03.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1.1 Bürgerfragestunde - Zukunft Braith-Grundschule und Pflugschule

Frau Gertrud Vollmer erinnert an ihre Anfrage vor Weihnachten zur Zukunft von Braith-Grundschule und Pflugschule. Sie habe bislang keine Antwort erhalten.

OB Zeidler erwidert, man sei mitten in der Entwicklung von Konzepten für beide Gebäude, wofür verschiedene Lösungen geprüft würden, beispielsweise dass die Pflugschule Förderschule bleibe oder die Pflugschule in die Braithschule integriert werde oder Teile der Pflugschule dort verblieben. Bis Mitte oder Herbst des Jahres werde man hier zu einem Abschluss kommen.

TOP 1.2 Bürgerfragestunde - Grüne Bruck

Herr Thorsten Vollmer spricht die „Grüne Bruck“ und einen Bebauungsplan an, in dem diese Brücke als Bestand eingetragen sei, aber ohne Zugang beziehungsweise infrastrukturelle Anbindung. Wenn sie bestehen bleiben sollte, sei jedoch eine Anbindung erforderlich, da sonst eine Lebensader zum Gewerbegebiet und beispielsweise zur Narrenzunft abgeschnitten würde.

BM Kuhlmann stellt klar, es handle sich um den Steg über die Bahnlinie. Er sei im Zuge der Elektrifizierung der Südbahn thematisiert worden und der Abbau liege zur Prüfung beim Regierungspräsidium. Dabei gehe es um die Abwägung Denkmalschutz versus Elektrifizierung. Wenn die Brücke zu erhalten sei müsse entschieden werden, ob und wie die Anbindung erfolge. Aktuell gehe man davon aus, dass die Brücke im Rahmen der Elektrifizierung abgebaut werde.

TOP 1.3 Bürgerfragestunde - Zukunft des Pestalozzihauses

Herr Vollmer bringt vor, der Abriss der Musikschule stehe in Rede. Er erkundigt sich nach den Gründen und was mit dem Areal geschehen solle.

BM Kuhlmann stellt klar, die Musikschule werde nicht abgerissen, sondern vermutlich werde das Pestalozzihaus abgerissen. Hier sei die bauliche Situation schwierig und die Verwaltung gehe davon aus, dass das Gebäude abgerissen und die Freifläche zur Erweiterung der Musikschule genutzt werde. Hierzu bestünden aber noch keine Beschlüsse.

TOP 1.4 Bürgerfragestunde - Kindergarten Braithweg

Frau Erika Herrmann, Elternbeirätin des evangelischen Kindergartens Braithweg erkundigt sich nach dem Fortbestand des Kindergartens und dem Kindergartenbedarfsplan. Sie vermittelt den Eindruck, dem Kindergarten fehle es an Beachtung. Er nehme eine wichtige Funktion im Bereich Integration ein, habe aber baulichen Sanierungsbedarf.

OB Zeidler widerspricht dem Eindruck, dass der Kindergarten in der Wahrnehmung untergehe. Die Zukunft innerstädtischer Kindergärten sei Thema der Kindergartenbedarfsplanung. Es seien Lösungsansätze vorhanden und das Thema stehe relativ weit vorne auf der Agenda. Er bestätigt den Sanierungsbedarf, das Kindeswohl sei aber aktuell nicht in Gefahr. Im Vergleich zu anderen Kindergärten in der Stadt sei der Zustand mangelhaft.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 28/2014-2 zur Beschlussfassung vor. Drucksache Nr. 28/2014 ist ebenfalls Bestandteil der Beratung, was Raumprogramm und Trägerschaft betrifft und dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

OB Zeidler führt in die Vorlage ein und unterstreicht dringenden Handlungsbedarf im gesamten Gebiet. Man stehe in weiteren Grundstücksverhandlungen zur Erweiterung des Baugebiets. Der Kindergarten im Talfeld habe eine lange Warteliste und man stehe im Wort gegenüber der evangelischen Kirche was die Entwicklung in diesem Bereich betreffe. Das entwickelte Konzept sei gut und ermögliche die notwendige Flexibilität. Er freue sich gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde, diesen Kindergarten zu entwickeln. Er bestätigt der evangelischen Kirchengemeinde, in der Vergangenheit sehr zurückhaltend agiert zu haben. Die Vorberatung im Hauptausschuss sei zielführend gewesen. Diese Beratung habe dazu geführt, dass **in der Vorlage auf Seite 2 Zeile 3 und 4 das Wort „vorübergehend“ entfalle.**

StR Walter führt aus, die CDU-Fraktion habe bereits im Jahr 2011 beantragt, im Gebiet Talfeld einen Kindergarten zu bauen. Man stehe im Wort, diesen Kindergarten zu bauen seit dem Bau der Kinderkrippe und freue sich nun, dass der Bau realisiert werde und der Kindergarten in Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde stehen werde. Die Entwicklung im Talfeld sei vorhersehbar gewesen und es sei nun wichtig, dort alle Betreuungsangebote anbieten zu können. Dem Raumprogramm stimme die CDU-Fraktion zu und freue sich über die Wahl des Architekten. Dass es sich um eine „vorübergehende“ Betriebsträgerschaft handeln solle, habe zu Irritationen geführt, bedeute aber nicht mehr, als dass im Rahmen der Kindergartenbedarfspläne über die Anzahl der von der evangelischen Kirche zu betreuenden Gruppen zu entscheiden sei. Der Kindergartenbedarfsplan sei ein Thema, das die neue Amtsleitung angehen müsse.

StRin Kübler meint, für die SPD-Fraktion sei der anstehende Beschluss nur noch eine Formalie, da man bereits mit der Beschlussfassung im Februar signalisiert habe, mit der Betriebsträgerschaft und dem Raumprogramm einverstanden zu sein. Im Talfeld werde dem Grunde nach die Forderung umgesetzt, die bereits beim ersten Bauabschnitt gestellt worden sei, zeitnah die erforderliche Infrastruktur vorzusehen. Die Sorge und der Ärger des Kindergartens im Braithweg seien nachvollziehbar, da die fehlenden Räumlichkeiten und der Sanierungsbedarf seit Jahren bekannt seien. Mit seinem hohen Migrantenanteil sei er wichtig, da dort Integration gelebt werde. Der Kindergartenbericht und die Bedarfsanalyse müssten daher baldmöglichst vorgelegt werden.

StRin Goeth zeigt sich namens der Freien Wähler froh, dass im Hauptausschuss ausführlich über den Kindergarten diskutiert worden sei. Ein Durchwinken im Bauausschuss wäre nicht angemessen gewesen. Es sei klar geworden, dass die Kirche in der Lage sei, 13 Gruppen zu betreuen. Der Biberacher Standard sei bei allen Bauten sehr hoch, folglich auch bei Kindergärten und man sehe keine Abstriche gegenüber dem Standard des Kindergartens Rißegg vor.

StR Späh meint, die evangelische Kirche sei ein langjähriger, bewährter Kindergartenträger, weshalb die Grünen sich freuten, dass die evangelische Kirche auch die Trägerschaft für den Kindergarten im Talfeld übernehme. Es handle sich um das größte Wohngebiet, weshalb vier Gruppen sinnvoll seien, auch weil dann eine breite Angebotspalette besser umgesetzt werden könne. Die Auswirkungen auf andere Standards blieben abzuwarten. Mit der Bedarfsanalyse werde man

genauere Kenntnis erlangen und hoffentlich eine zeitnahe Aussage zum Braithweg treffen können.

StR Funk meint, die Streichung des Worts „vorübergehend“ sei wichtig gewesen und auch dass das Thema im Hauptausschuss behandelt worden sei. Die FDP-Fraktion praktiziere Finanzpolitik, die die Verwirklichung von Betreuungsangeboten auf hohem Niveau ermögliche. Dennoch habe man bei den Haushaltsplanberatungen darum gebeten, eine übersichtliche Darstellung zu allen Kindergärten zu erreichen und man habe diese Übersicht für den aktuellen Kindergarten erhalten. Im Haushaltsplan seien 2,25 Mio. Euro für das Talfeld eingeplant. Nun gehe man von 4 Mio. Euro Ausgaben aus, was einen erheblichen Unterschied darstelle. Aus einem eingliedrigem sei ein viergliedriger Kindergarten geworden. Bereits 2010 habe man das Kindergartenthema aufgerollt und erklärt, dass Gewaltiges auf die Stadt zukommen werde. Damals sei die FDP-Fraktion ungläubig betrachtet worden. Grob geschätzt werde man nicht wie im Haushaltsplan ausgewiesen mit 5 Mio. Euro rechnen müssen, sondern mit 8 Mio. Euro. Daher sei dringend ein Gesamtplan im Rahmen des Kindergartenberichts erforderlich, um abschätzen zu können, welche Aufwendungen weiter auf die Stadt zukämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt Biberach baut im Talfeld einen neuen Kindergarten mit vier Kindergartengruppen in der Betriebsträgerschaft der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Biberach.**
- 2. Dem in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 28/2014 dargestellten Raumprogramm wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 41/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.03.2014.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und lässt kurz die Geschichte Revue passieren. Man habe mit verschiedenen Interessensgruppen Lösungsansätze diskutiert und eine Zielvorstellung entwickelt. In einem Teilbereich wolle man das Thema „Spielen“ in den Vordergrund stellen. Man schlage keine Mehrfachbeauftragung wie beim Alten Postplatz vor, sondern wolle mit einem bundesweit bekannten Büro ein Workshop-Verfahren durchführen. Die Umsetzung sei 2015 angedacht.

StR Kolesch zeigt sich namens der CDU-Fraktion äußerst froh darüber, dass das Thema angegangen werde. Ursprünglich habe man schon 2012 Planungsmittel eingestellt gehabt. Die Potentiale dieses Platzes seien noch nicht gehoben. Früher habe die Idee bestanden, ein Gebäude zu errichten, das historisch auch einmal bestanden habe. Man sei nun aber froh, dass die Verwaltung von dieser Lösung Abstand genommen habe. Der Schwerpunkt „Spielen“ sei in der Innenstadt wichtig. Es müsse etwas Attraktives entstehen, das die Kinder anziehe. Als problematisch sieht er es an, dass dies nun fast als alleiniger Schwerpunkt definiert werde, obwohl noch andere Aufgaben, wie die Funktion der bisherigen „Dächle in der Bürgerturmstraße“ erfüllt werden sollten. Die CDU-Fraktion hätte sich daher auch eine Mehrfachbeauftragung vorstellen können. Man benötige eine Alternative für dieses Angebot und vielleicht bestünden attraktivere Lösungen. Das Büro müsse über alle Gegebenheiten informiert sein, weshalb die Grundlagenerhebung der Verwaltung wichtig sei. Ein sehr intensiver Prozess mit Bürgern und Betroffenen werde von der CDU-Fraktion sehr begrüßt.

Auch StRin Kübler bezeichnet den offensiven Prozess als wichtig, da der Platz viele Bedürfnisse erfüllen müsse. Man müsse der Wohlfühlstadt ein Stück näher kommen und hierzu fehlten Plätze zum Spielen und unverbautes Grün. Der Platz beim Ochsenhauser Hof sei beispielsweise sehr gut besucht. Für die Anschlagtafeln in der Bürgerturmstraße könnten eventuell Alternativlösungen auf dem Viehmarktplatz bei der Bücherei geschaffen werden. Das Stadtplanungsamt habe zugesagt, dies zu prüfen. Sie bezeichnet es als wichtig, bald eine Lösung zu finden und dies eventuell vorzuziehen.

StR Heinkele bezeichnet den aktuellen Zustand als unbefriedigend. Das Partizipationsverfahren sei neu und für die Freien Wähler die Zusammensetzung der Workshops wichtig, um diese weitestgehend konstant zu halten. Ebenfalls wichtig sei ein sehr hohes Maß an Transparenz und Bürgernähe. Verschiedene Institutionen seien bereits eingebunden.

StRin Sonntag äußert die Hoffnung auf eine echte Neugestaltung, was angesichts der Vorgaben kaum vorstellbar sei. Dennoch habe sie die Hoffnung, dass durch die Firma KuKuk neue Gedanken aufkämen, denn ein Platz zum Aufenthalt und zur Bespielbarkeit fehle bislang. Auch der umgebende Einzelhandel könne sich in die Bespielbarkeit der Plätze einbringen. Auch sie könnte sich vorstellen, Infokästen für die Vereine bei der Bücherei unterzubringen.

StR Braig spricht die Komplexität einer Innenstadt mit zum Teil konkurrierenden Anforderungen an weshalb es gut sei, die Planung mit den Nutzern im Vorfeld abzustimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Umgestaltung des Bereiches Schadenhof/Bürgerturmstraße wird das Büro KuKuk GmbH aus Stuttgart mit der weiteren Planung beauftragt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 40/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 20.03.2014. Dabei wurde Satz 1 des Beschlussantrags um die Worte „im Grundsatz“ ergänzt.

StR Späh macht darauf aufmerksam, dass aktuell der Weltklimarat tagt. Er zitiert einen Satz aus „Die Welt“ der aktuell vom Weltklimarat veröffentlicht worden sei und verdeutlicht damit, dass lokales Handeln wichtig sei. Die e.wa riss sollte als lokaler Energieversorger federführend auf der Grundlage des European Energy Awards den Prozess vorantreiben.

StR Abele bemerkt, das Thema sei vom Gemeinderat auf Antrag der CDU-Fraktion gesetzt und beschlossen. Der Gemeinderat messe der ökologischen Entwicklung große Bedeutung bei. Der Antrag der Grünen gehe in zwei Bereichen darüber hinaus, indem das Thema EEA deutlicher artikuliert werde und das Thema etwas schneller vollzogen werden solle. Dies könne die CDU-Fraktion mittragen und stimme daher dem Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung zu. Es sei gut, wenn Anträge von verschiedenen Fraktionen gestellt würden, auch wenn sie familiär verwandt und von verschiedenen Fraktionen eingebracht würden. Dies dokumentiere die breite Basis und dies zähle letztlich, da es um die Sache gehe.

StR Lemli verdeutlicht, dass eine zukunftsfähige ökologische Stadt auch für die SPD-Fraktion sehr wichtig, und dass dies durch Anträge untermauert worden sei. Der Antrag der Grünen erinnere hieran und Verwaltung und Gemeinderat seien auf einem sehr guten Weg. Man sei mitten im Prozess des EEA und es sei wichtig, dass die e.wa riss eine federführende Rolle übernehme.

Die Stadt arbeite mit Nachdruck an der Energieeffizienz, die auch für die Freien Wähler wichtig sei, betont StRin Goeth. Daher stimme man dem Antrag im Grundsatz natürlich zu. Die Ziele seien unumstritten und man wolle den begonnenen Prozess zusammen mit den Bürgern und der Wirtschaft abarbeiten, aber keine neuen Projekte angehen.

StR Funk stimmt namens der FDP-Fraktion im Grundsatz zu. Es sei nichts Neues und man sei beim Thema gut unterwegs. Man entscheide immer gemeinsam wie beispielsweise bei der Nahwärmeversorgung Hochvogelstraße, ein hochkomplexes Thema.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der Grünen zur zukunftsfähigen ökologischen Stadt wird im Grundsatz zugestimmt. Dabei bildet aber der European Energy Award den Rahmen für energetische und energiepolitische Aktivitäten der Stadt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 43/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im im Hauptausschuss am 17.03.2014.

BM Kuhlmann stellt das Projekt als Maßnahme der Innenentwicklung vor. Die Innenstadt brumme gewaltig. Für die Karlstraße sei ein verkehrsberuhigter Bereich angestrebt sowie eine Neuordnung in der Karl-Müller-Straße, was aber noch nicht abgeschlossen sei. Es sei eine Garage mit 21 Stellplätzen als Tiefgarage vorgesehen. Die Parkraumbewirtschaftung im Bereich sei mit dem Land zu klären aufgrund des Hochschulbedarfs. Hier seien noch weitere Gespräche abzuwarten.

StR Herzhauser signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, da die Nachfrage nach Wohnungen sicher vorhanden sei.

StRin Kübler lobt die Transparenz und den sensiblen Umgang der Verwaltung durch die zweistufige Bürger- und Trägerbeteiligung.

StR Zügel hebt auf den Umweltschutz an, der für die Freien Wähler Standard und selbstverständlich geworden sei. Was alles für ihn getan werde, zeige die umfangreiche Anlage der Vorlage. Er hebt noch darauf ab, dass mit der vorgesehenen Nachverdichtung Verkehrsachsen wie die Verlängerung der Königsbergallee unwahrscheinlicher würden.

StR Weber signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Braig meint, es handle sich um eine Nachverdichtung in bewährtem Verfahren, der die FDP-Fraktion zustimme, da allen Anliegereinwendungen abgeholfen worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- **Die Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs.1 BauGB sowie zur frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden beschlossen.**
- **Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Karlstraße 16", Plan des Büros für Stadtplanung E. Zint Nr. 918/14 vom 25.01.2014 Index 1 im Maßstab 1 : 200 mit Textteil und den örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlich Auslegung gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 45/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 20.03.2014.

StR Etzinger signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StRin Kübler unterstreicht dies aufgrund der studentenfreundlichen Komponente, die eine nette Willkommensgeste sei.

Auch die Freien Wähler stimmen nach Auskunft von StR Hummler zu und begrüßen die Geste für die Studenten. Es sei erkennbar, dass die Bücherei ständig um Optimierung bemüht sei.

StR Späh meint, da man Markenbildung und Stadtmarketing immer voranstelle, sei die Studentenkomponente sinnvoll.

Die FDP-Fraktion freut sich nach Auskunft von StR Funk mit den Studenten und signalisiert Zustimmung.

OB Zeidler macht darauf aufmerksam, dass die Änderungssatzung am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft trete und nicht wie im Entwurf vorgesehen zum 1. April.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen zu Drucksache 45/2014 beigefügten Satzungen werden beschlossen.

- 1. Die 3. Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei Biberach der Stadt Biberach an der Riß.**
- 2. Die 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Stadtbücherei Biberach der Stadt Biberach an der Riß.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 38/2014 zur Beschlussfassung vor. Der Jahresabschluss 2012 (Anlage A dieser Drucksache) ist dieser Niederschrift nicht angeschlossen.

Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte am 20.03.2014 im Hauptausschuss.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stellt nach § 95 Abs. 2 GemO die Jahresrechnung 2012 wie folgt fest:

a) Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

	Verwaltungs- haushalt SBT 1 Euro	Vermögens- haushalt SBT 2 Euro	Gesamt- haushalt SBT 1 + 2 Euro
1. Soll-Einnahmen	163.645.700,09	59.013.253,74	222.658.953,83
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	1.220.012,10	1.220.012,10
3. Zwischensumme	163.645.700,09	60.233.265,84	223.878.965,93
4. Ab: Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	1.686.628,97	1.686.628,97
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	163.645.700,09	58.546.636,87	222.192.336,96
6. Soll-Ausgaben	162.589.539,19	52.780.421,76	215.369.960,95
7. Neue Haushaltsausgabereste	3.874.374,56	26.248.197,83	30.122.572,39
8. Zwischensumme	166.463.913,75	79.028.619,59	245.492.533,34
9. Ab: Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	2.818.213,66	20.481.982,72	23.300.196,38
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	163.645.700,09	58.546.636,87	222.192.336,96
11. Differenz 10./5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

b) Ergebnis der Jahresrechnung

A) des Verwaltungshaushalts

1. Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	126.526.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	163.645.700,09 €
Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	<u>37.119.700,09 €</u>
2. Zuführung an den Vermögenshaushalt	
a) nach dem Haushaltsplan	14.037.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	46.973.830,86 €
Mehrzuführung	<u>32.936.830,86 €</u>
3. Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	3.874.374,56 €

B) des Vermögenshaushalts

1. Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	35.748.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	58.546.636,87 €
Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	<u>22.798.636,87 €</u>
2. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage einschl. Sonderrücklage	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	13.854.700,00 €
b) nach der Jahresrechnung	0,00 €
Wenigerentnahme aus der Allg. Rücklage einschl. Sonderrücklage	<u>-13.854.700,00 €</u>
3. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage einschl. Sonderrücklage	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	2.250,00 €
b) nach der Jahresrechnung	17.935.413,94 €
Mehrzuführung zur Allgemeinen Rücklage einschl. Sonderrücklage	<u>17.933.163,94 €</u>
4. a) Übertragene Haushaltsmittel (HER)	1.220.012,10 €
b) Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	26.248.197,83 €

C) des Gesamthaushalts

Soll der Einnahmen und Ausgaben	
a) nach dem Haushaltsplan einschl. Nachtrag	162.274.000,00 €
b) nach der Jahresrechnung	222.192.336,96 €
Mehreinnahmen/-ausgaben	<u>59.918.336,96 €</u>

D) der Vermögensrechnung

1. Allgemeine Rücklage	
Stand Allgemeine Rücklage zum 01.01.12	93.919.153,53 €
Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	0,00 €
Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	10.431.915,94 €
Stand Allg. Rücklage zum 31.12.12	<u>104.351.069,47 €</u>
2. Zweckgebundene Rücklagen (Pensionen und Beihilfen)	
Stand zweckgebundene Rücklagen zum 01.01.12	31.722.522,00 €
Zugang zu den zweckgebundenen Rücklagen	7.503.498,00 €
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	0,00 €
Stand zweckgebundene Rücklagen zum 31.12.12	<u>39.226.020,00 €</u>
3. Rückstellungen	
a) Rückstellungen für Altersteilzeit	
Stand zum 01.01.12	1.586.986,50 €
Zugang zu den Rückstellungen	294.673,47 €
Auflösung von Rückstellungen	541.920,35 €
Stand zum 31.12.12	<u>1.339.739,62 €</u>
b) Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung (LOB)	
Stand zum 01.01.12	0,00 €
Zugang zu den Rückstellungen	144.204,37 €
Auflösung von Rückstellungen	0,00 €
Stand zum 31.12.12	<u>144.204,37 €</u>
c) Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren	
Stand zum 01.01.12	0,00 €
Zugang zu den Rückstellungen	136.000,00 €
Auflösung von Rückstellungen	0,00 €
Stand zum 31.12.12	<u>136.000,00 €</u>
4. Kredite	
Stand zum 01.01.12	0,00 €
Neuaufnahmen	0,00 €
ordentliche Tilgung	0,00 €
außerordentliche Tilgung	0,00 €
Stand zum 31.12.12	<u>0,00 €</u>
5. Geldanlagen	
Stand zum 01.01.12	152.679.833,62 €
Zugang	271.709.249,37 €
Abgang	239.883.284,92 €
Stand zum 31.12.12	<u>184.505.798,07 €</u>
6. Einlagen und Beteiligungen	
Stand zum 01.01.12	43.061.196,53 €
Zugang	7.204.171,81 €
Abgang	279.137,34 €
Stand zum 31.12.12	<u>49.986.231,00 €</u>

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 35/2014-1 zur Information vor.

OB Zeidler bemerkt einleitend, der Anspruch an eine anspruchsvolle, offene Stadt rechtfertige den Kontakt mit anderen Städten zu suchen.

Herr Dr. Riedlbauer führt ins Thema ein und bemerkt, zum Erfolgsfaktor interkultureller Arbeit gehörten Städtepartnerschaften. Habe in früheren Jahren der Aspekt der Aussöhnung im Vordergrund gestanden, sei dies nun die Projektarbeit. Inhalte müssten sich anpassen und damit stelle sich auch die Frage der Akteure. Da viele Bewohner Biberachs türkische Wurzeln hätten, sei man dem CDU-Antrag gerne gefolgt. Er referiert die bisherige Vorgehensweise und dankt auch für das Angebot von Wochenblattredakteur Weimer, die Aktivitäten zu unterstützen. Es sei schön, solche Partner aus der Bürgerschaft zu haben.

StR Walter dankt für den Hinweis auf den CDU-Antrag, eine türkische Städtepartnerschaft anzustreben. Statt Versöhnung sei nun die Vorausschau wichtig. Die Türkei sei noch nicht EU-Mitglied und daher sei es vielleicht umso wichtiger, eine Stadt zu suchen, die zu Biberach passe und umgekehrt, was schon Ausdruck des partnerschaftlichen Gedankens sei. Die innenpolitische Situation in der Türkei mache es umso wichtiger, offenen Auges und Herzens auf sie zuzugehen. Man habe regelmäßig Kontakte mit türkischen Bürgern, die weiterhin hinter dem Antrag stünden, aber auch die Bitte hätten, die türkische Gemeinde in der Schrittfolge nicht zu überfordern. DITIB habe vielfältige Anfragen zu bewältigen, sei aber gerne bereit, den Weg der Suche einer Stadt gemeinsam zu gehen. Den vorgeschlagenen Weg bezeichnet er als gut. Das erste große Treffen müsse auch für interessierte Bürger offen sein. Man wolle sich gemeinsam mit der Stadtgemeinschaft auf den Weg machen, eine passende Stadt zu finden.

StR Keil meint, zu einer zukunftsfähigen Stadt gehöre auch, dass sie partnerschaftsbereit sei. Frühere Partnerschaften habe der Gedanke Grenzen zu überschreiben als Zeichensetzung geprägt. Partnerschaften zu Städten wie Schweidnitz und Telawi hätten sich daher als sinnvoll erwiesen und es sei auch der SPD-Slogan „Wandel durch Annäherung“ gelebt worden. Die SPD-Fraktion stimme dem sehr ambitionierten Weg zu, der von der Verwaltung vorgeschlagen worden sei. Man habe jedoch die Bitte, nicht nur den Partnerschaftsverein deutlicher zur Sprache zu bringen, sondern auch Einrichtungen, die bisher schon Partnerschaften mit der Türkei pflegten, wie zum Beispiel das Pestalozzi-Gymnasium, das eine Partnerschaft mit Denizli pflege, die in der Vorlage nicht aufgeführt sei. Ferner habe man die Bitte, Städte zu beachten, die bereits Kontakte mit der deutschen Kultur pflegten, also beispielsweise Städte die Deutschunterricht pflegten. Eine große Rolle spiele auch, dass in der Türkei die Kommunalpolitik stärker zentralisiert ausgerichtet sei. Daher bestehe wesentlich weniger Entscheidungsspielraum auf kommunaler Ebene. Eine Partnerschaft mit der Türkei könne daher auch das kommunale Selbstverständnis in der Türkei stärken.

StR Hummler bringt vor, die Freien Wähler stünden hinter der Idee einer türkischen Städtepartnerschaft und es sei nur die Frage, wie schnell und sicher eine passende Stadt gefunden werden könne. Daher werde in der Vorlage zurecht hervorgehoben, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten. Als entscheidend bezeichnet er es, dass die türkische Stadt ein ähnlich hohes Interesse an einer Städtepartnerschaft haben müsse. Man könnte das Verfahren daher auch umdrehen und erst schauen, welche türkische Stadt Interesse an einer Städtepartnerschaft mit Deutsch-

land habe und könnte dann prüfen, welche Stadt am besten passend wäre. Er meint, eine Liste partnerschaftlich interessierter Städte wäre hilfreich und würde viele Fehlwege vermeiden. Interessant wären auch Erfahrungen bestehender Städtepartnerschaften mit der Türkei und wie diese in der Suche vorgegangen seien. Deren Erfahrungen könnten genutzt werden. Bei einer Reise in die Türkei müsse unbedingt Kontakt mit den dort Handelnden aufgenommen werden und nicht nur möglicherweise, denn die handelnden Personen seien der entscheidende Faktor für eine funktionierende Städtepartnerschaft. Nachrangig sei es dagegen, ob es sich um eine Stadt handle, aus der nicht viele türkischstämmige Biberacher stammten. Ein taktvolles Vorgehen ohne Hektik sei ebenfalls wichtig.

StR Späh bezeichnet den Jugendaustausch als sehr wichtig, was bei der Auswahl beachtet werden müsse. Weniger wichtig sei es dagegen, dass die hier lebenden Personen repräsentiert würden. Er hofft auf eine Beruhigung der Gesamtsituation in der Türkei, damit eine Städtepartnerschaft positiv gesehen werde. Um gute Ergebnisse zu erzielen, solle man sich Zeit lassen.

StR Funk spricht sich dafür aus, keine große Stadt auszusuchen, sondern eine die von Größe und Struktur zu Biberach passe. Er erklärt sich namens der FDP-Fraktion einverstanden mit der vorgesehenen Vorgehensweise, mahnt keinen Zeitdruck aufzubauen, da das Interesse aus Biberach aktuell größer sei als von der Gegenseite.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 9 Anträge auf Vereinsförderung
- TG Geschäftsstelle
- Schützenverein Ringschnait
- Zuschauertribüne SV Ringschnait

OB Zeidler trägt vor, im Hauptausschuss seien die Vorlagen zu den im Betreff genannten Anträgen vorberaten worden. Dabei habe es Änderungsanträge gegeben und man habe beschlossen, die Anträge erneut im Rahmen einer Grundsatzdiskussion zur Vereinsförderung nach der Kommunalwahl aufzurufen. Die Basis werde von der Verwaltung erarbeitet.

**TOP 9.1 Stadtteilhaus
- Anträge der CDU- und SPD-Fraktion**

AT 7/2014

Dem Gemeinderat liegen der Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2014 sowie die Erinnerung der SPD-Fraktion an ihren Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 zur Information vor. Antrag und Erinnerungsschreiben sind dieser dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügt.

OB Zeidler lässt wissen, das Kulturamt sei im Gespräch mit dem Vereinsvorstand des Stadtteilhauses und es sei vereinbart worden, dass der Verein zu klären versuche, inwiefern Zuschüsse Dritter (Bund/Land/Stiftungen) für den Weiterbetrieb des Stadtteilhauses als Mehrgenerationenhaus zu erwarten seien. Bis Anfang April sei eine Rückmeldung vereinbart worden. Es werde eine Vorlage zur Beschlussfassung unterbreitet.

**TOP 9.2 Entwicklung bei der e.wa riss
Geschäftsfeld Glasfasernetz bei der e.wa riss
Besetzung des Aufsichtsrates bei der e.wa riss
- Anträge der FDP-Fraktion**

**AT 13/2014
AT 14/2014
AT 15/2014**

Dem Gemeinderat liegen die Anträge der FDP-Fraktion AT 13/2014 - Entwicklung bei der e.wa riss, AT 14/2014 - Geschäftsfeld Glasfasernetz bei der e.wa riss, und AT 15/2014 - Besetzung des Aufsichtsrates bei der e.wa riss vor, die dieser Niederschrift als **Anlagen 1, 2 und 3** beigefügt sind.

OB Zeidler kündigt an, die Anträge würden in der kommenden Sitzungsrunde vorberaten und voraussichtlich im Gemeinderat am 05.05.2014 auf die Tagesordnung gesetzt.

**TOP 9.3 Änderung des Namens "RBZ"
- Antrag der FW-Fraktion**

AT 16/2014

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag Nr. AT 16/2014 zur Information vor.

OB Zeidler lässt wissen, das zuständige Amt für Bildung, Betreuung und Sport sei auf dem Weg, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und in den kommenden Sitzungslauf zu bringen.

TOP 10.1 Verschiedenes - Antrag des Schützenvereins Ringschnait

StR Deeng spricht den Antrag des Schützenvereins Ringschnait an und signalisiert grundsätzliches Einverständnis der CDU-Fraktion mit dem Vorgehen. Er macht jedoch auf die besondere Situation des Schützenvereins aufmerksam, die dazu führen könne, dass der Übungsbetrieb eingestellt werde, wenn nicht gehandelt werde. Es sollten daher möglichst noch vor der Sommerpause verlässliche Grundlagen geschaffen werden.

TOP 10.2 Verschiedenes – Jazzpreis-Verleihung

StR Späh lobt die Jazzpreis-Verleihung vom vergangenen Sonntag. Dieser sei ein tolles Highlight gewesen, das weiterhin angeboten werden sollte. Er übermittelt den Dank an den Jazzclub für seine Beteiligung.

Gemeinderat, 31.03.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann